

## **Gruppe Gnadenlos Gerecht**

### **Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen**

#### **Pressemitteilung / Veranstaltungshinweis**

## **Aktion in Lüneburg zu Wohnungsnot und Spaltung der Gesellschaft: „Die Mauer muss weg!“**

**29.09.2018, 12 Uhr, Lüneburg Marktplatz,**

**Mitglieder der der Betroffeneninitiative Gruppe Gnadenlos Gerecht, der Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen und der Arbeitslosen Selbsthilfegruppe Lüneburg veranstalten am 29.09.2018 um 12 Mittag eine Aktion auf dem Marktplatz von Lüneburg zur Wohnungsnot und zur wachsenden Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich. Sie bauen dort eine Mauer zwischen Arm und Reich auf und reißen diese gemeinsam mit interessierten Bürger\*innen ein.**

**Inga Schmalz von der Gruppe Gnadenlos Gerecht, betont:**

*„Wir wollen mit der Aktion auf die wachsende Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich mit all den negativen gesellschaftlichen Folgen aufmerksam machen. Dazu suchen wir das Gespräch mit Interessierten in der Stadt. In Niedersachsen ist mittlerweile jede/r Sechste arm. Die Armutsquote 2017 bewegt sich trotz „Jobwunder“ und jahrelangem Konjunkturoptimismus mit 15,8 Prozent fast auf Rekordniveau.*

*Ein Schwerpunkt unserer Aktion ist die Wohnungsnot auf Grund mangelnder Wohnungen gerade für Menschen mit geringem Einkommen. Ca. 850.000 Menschen sind zurzeit laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslose (BAG W) wohnungslos, die Zahl wird in den nächsten Jahren auf 1,2 Millionen steigen. Das ist sozialer Sprengstoff, wie die letzten Vorfälle, nicht nur in Chemnitz, gezeigt haben, und Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten.*

*Wir fordern die komplette Übernahme der Kosten der Unterkunft für Grundsicherungs-Bezieher\*innen, einen Stopp der Zwangsumzüge und einen drastischen Ausbau des sozialen Wohnungsbaus.*

*Ein weiterer Schwerpunkt unserer Aktion sind die Sanktionen für Hartz IV Bezieher\*innen. Sie verletzen unsere Menschenwürde und sind vollkommen kontraproduktiv, was die Integration von Hartz IV Bezieher\*innen in die Gesellschaft angeht. Wir appellieren mit dieser Aktion auch an das Bundesverfassungsgericht, diese Forderung bei dem ausstehenden Urteil in diesem Herbst umzusetzen.“*

Mit der Bitte um Veröffentlichung, Berichterstattung und besten Grüßen

Inga Schmalz

Kontakt: Telefon 0163 1542685